



## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Kerstin Celina, Katharina Schulze, Christina Haubrich**  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
vom 06.08.2021

### **Missbrauch und überhöhter Konsum von Suchtmitteln V: Abwasseruntersuchung**

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können anhand der Rückstände von Medikamenten, Drogen und deren Stoffwechselprodukten im Abwasser herausfinden, welche dieser Substanzen die im Einzugsbereich lebenden Menschen in ihrer Gesamtheit verbrauchen. Mithilfe der Abwasseranalyse kann zum einen festgestellt werden, welche Auswirkungen flüssige Haushaltsabfälle auf die Umwelt haben können, zum anderen auch der Konsum von Drogen eines Abwassereinzugsbereichs geschätzt werden. So hat bspw. der Kokainkonsum während der Coronapandemie offenbar weiter zugenommen. Ergebnisse von Recherchen des ARD-Politikmagazins Kontraste zeigen Analysen des Berliner Abwassers auf, die auf einen signifikanten Anstieg des Kokainkonsums in der Hauptstadt hinweisen. Ließen sich dort 2017 noch 300 Milligramm Kokain-Abbauprodukte auf 1000 Personen pro Tag im Abwasser nachweisen, waren es im Mai 2021 doppelt so viele.

Wir fragen die Staatsregierung:

- 1.1 In welchen Städten oder Regionen Bayerns konnten nach Kenntnis der Staatsregierung erhöhte Konzentrationen von Rückständen von Drogen im Abwasser festgestellt werden (bitte aufschlüsseln nach Art, bspw. Kokain, [Meth-]Amphetamine, Medikamente, und auf die letzten fünf Jahre und Landkreis oder Stadt)? ..... 2
- 1.2 Wie häufig werden solche Abwasseranalysen im Freistaat durchgeführt? ..... 2
- 1.3 In welchen Städten Bayerns wurden in den letzten fünf Jahren Analysen vorgenommen? ..... 2
  
- 2.1 Welche regionalen und zeitlichen Unterschiede lassen sich durch das abwasserbasierte Drogenmonitoring in Bayern feststellen? ..... 2
- 2.2 Lassen sich hier Auffälligkeiten seit Beginn der COVID-19-Pandemie verzeichnen? ..... 2
  
- 3.1 Falls keine regelmäßigen Untersuchungen durchgeführt werden, plant die Staatsregierung, solche einzuführen? ..... 2
- 3.2 Falls ja, wo? ..... 2
- 3.3 Falls nein, warum nicht? ..... 3
  
- 4.1 Mit welchen Kosten ist bei einer regelmäßigen Abwasseruntersuchung zu rechnen (bitte aufschlüsseln)? ..... 3
- 4.2 Mit wem hat die Staatsregierung hier zusammengearbeitet bzw. plant eine Zusammenarbeit? ..... 3
- 4.3 In welche Berichterstattung für den Landtag würde die Staatsregierung hier Handlungsempfehlungen einbetten? ..... 3

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

5.1	Welche Untersuchungen gibt es nach Kenntnis der Staatsregierung, die bereits regelmäßig Abwasseranalysen zu Rückständen von Drogen untersuchen? .....	3
5.2	Welche Handlungsempfehlungen bzw. Maßnahmen hat die Staatsregierung daraus bisher abgeleitet? .....	3
5.3	Sieht die Staatsregierung hier noch weiteren Forschungsbedarf? .....	3
6.1	Welches Ministerium ist für den Themenbereich „Abwasseranalyse nutzen, um den Verbrauch von Drogen in einer Region zu schätzen“ zuständig? .....	3
6.2	Wer ist für die Kostenübernahme entsprechender Analysen zuständig? .....	4
6.3	Für wie wichtig hält die Staatsregierung die Durchführung weiterer Analysen? .....	4
7.	An welche Stelle können sich interessierte Kommunen wenden, die die Entwicklung von Substanzverbrauch über einen längeren Zeitraum beobachten lassen möchten? .....	4

## Antwort

**des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege**  
vom 27.08.2021

- 1.1 In welchen Städten oder Regionen Bayerns konnten nach Kenntnis der Staatsregierung erhöhte Konzentrationen von Rückständen von Drogen im Abwasser festgestellt werden (bitte aufschlüsseln nach Art, bspw. Kokain, [Meth-]Amphetamine, Medikamente, und auf die letzten fünf Jahre und Landkreis oder Stadt)?**
- 1.2 Wie häufig werden solche Abwasseranalysen im Freistaat durchgeführt?**
- 1.3 In welchen Städten Bayerns wurden in den letzten fünf Jahren Analysen vorgenommen?**

Im Jahr 2020 wurde das Abwasser von zehn deutschen Städten untersucht, wobei aus Bayern die Städte München und Nürnberg beteiligt waren. Eine detaillierte Darstellung der Vorgehensweise und der Untersuchungsergebnisse wurde auf der Homepage des European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) veröffentlicht: Wastewater analysis and drugs — a European multi-city study ([https://www.emcdda.europa.eu/publications/html/pods/waste-water-analysis\\_en#section1](https://www.emcdda.europa.eu/publications/html/pods/waste-water-analysis_en#section1)).

- 2.1 Welche regionalen und zeitlichen Unterschiede lassen sich durch das abwasserbasierte Drogenmonitoring in Bayern feststellen?**
- 2.2 Lassen sich hier Auffälligkeiten seit Beginn der COVID-19-Pandemie verzeichnen?**

Zur Beantwortung der Fragen 2.1 und 2.2 wird auf den Link zu Ergebnissen der Untersuchungen in Antwort zu Frage 1.1 bis 1.3 verwiesen.

- 3.1 Falls keine regelmäßigen Untersuchungen durchgeführt werden, plant die Staatsregierung, solche einzuführen?**
- 3.2 Falls ja, wo?**

Derzeit ist keine Einführung von regelmäßigen Untersuchungen geplant.

### 3.3 Falls nein, warum nicht?

Suchtmittel und ihre Abbauprodukte haben nach jetzigem Kenntnisstand keine Relevanz für das aquatische Ökosystem. Sie können in den Kläranlagen weitgehend bis annähernd vollständig abgebaut werden. Die in den aufnehmenden Gewässern feststellbaren Immissionskonzentrationen sind zu gering, als dass sie nachteilige Wirkungen auf die Gewässerlebensgemeinschaft haben könnten. Seitens der Umweltverwaltung hat ein vertieftes Monitoring von Suchtmitteln im Abwasser daher keine Priorität.

Auch aus Sicht der Gesundheitsverwaltung besteht kein Handlungsbedarf. Bei den Untersuchungen von Drogen bzw. ihren Abbauprodukten im Abwasser handelt es sich um Forschungsprojekte, die Drogenfrachten normiert über einen engen Zeitraum in diesem Medium erfassen. Aufgrund der erheblichen methodischen Unsicherheiten und der begrenzten Aussagekraft sind keine regelmäßigen Untersuchungen geplant.

### 4.1 Mit welchen Kosten ist bei einer regelmäßigen Abwasseruntersuchung zu rechnen (bitte aufschlüsseln)?

Pro Abwasseranalyse auf Suchtmittel und ihre Metaboliten ist je nach Umfang mit Kosten zwischen 200 und 500 Euro zu rechnen. Hinzu kommen Kosten für die Probenahme auf der Kläranlage.

### 4.2 Mit wem hat die Staatsregierung hier zusammengearbeitet bzw. plant eine Zusammenarbeit?

Es gibt seitens der Umweltverwaltung bislang keine Zusammenarbeit mit Dritten. Siehe auch Antwort zu 3.1 und 3.2.

### 4.3 In welche Berichterstattung für den Landtag würde die Staatsregierung hier Handlungsempfehlungen einbetten?

Hierzu bestehen keine Berichtspflichten.

### 5.1 Welche Untersuchungen gibt es nach Kenntnis der Staatsregierung, die bereits regelmäßig Abwasseranalysen zu Rückständen von Drogen untersuchen?

### 5.2 Welche Handlungsempfehlungen bzw. Maßnahmen hat die Staatsregierung daraus bisher abgeleitet?

### 5.3 Sieht die Staatsregierung hier noch weiteren Forschungsbedarf?

Auf die Antwort zu Frage 1.1 bis 1.3 wird verwiesen. Die Abwasseranalyse stellt nach Aussagen der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) eine ergänzende Datenquelle für die Überwachung der Mengen von auf Bevölkerungsebene konsumierten illegalen Drogen dar. Sie kann keine Informationen zur Häufigkeit des Konsums, zu den Hauptkonsumentengruppen und zum Reinheitsgrad der Drogen liefern. Es bestehen außerdem erhebliche Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Verhalten und der chemischen Veränderungen der ausgewählten Biomarker im Abwassersystem, mit verschiedenen Rückrechnungsmethoden und unterschiedlichen Ansätzen zur Schätzung der Größe der untersuchten Bevölkerungsgruppe im Bereich einer Abwasserbehandlungsanlage. Aus Sicht der Staatsregierung ist der Forschungsbedarf über das Projekt der EMCDDA ausreichend abgedeckt.

### 6.1 Welches Ministerium ist für den Themenbereich „Abwasseranalyse nutzen, um den Verbrauch von Drogen in einer Region zu schätzen“ zuständig?

Das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ist für die gesundheitlichen Fragen im Zusammenhang mit Drogen und Suchterkrankungen zuständig. Weitere Zuständigkeiten wären im Bedarfsfall zu klären.

**6.2 Wer ist für die Kostenübernahme entsprechender Analysen zuständig?**

Diese Frage wäre zu klären, wenn derartige Untersuchungen in Bayern tatsächlich durchgeführt werden sollten. Eine Übernahme der Kosten durch die Abwasserentsorger einschließlich Umlage auf die Abwassergebühren scheidet aus, da Maßnahmen zur Suchtprävention nicht zu den Aufgaben der Abwasserentsorgung gehören.

**6.3 Für wie wichtig hält die Staatsregierung die Durchführung weiterer Analysen?**

Weitere Analysen von Drogen und ihren Abbauprodukten über das Forschungsprojekt der EMCDDA hinaus leisten keinen Beitrag zur Verbesserung der Datenlage z. B. bezüglich der Prävalenz des Drogenkonsums. Auf die Antwort zu Fragen 5.1 bis 5.3 bezüglich der Unsicherheiten von Abwasseranalysen wird verwiesen.

**7. An welche Stelle können sich interessierte Kommunen wenden, die die Entwicklung von Substanzverbrauch über einen längeren Zeitraum beobachten lassen möchten?**

Interessierte Kommunen können sich bei der EMCDDA nach den Möglichkeiten einer Teilnahme an dem Forschungsprojekt erkundigen.